

Stellt der Staatsanwalt bei der Prüfung der übergebenen Sache fest, daß der Umfang der Ermittlungen nicht den Erfordernissen entspricht (§§ 101, 102 Abs. 3, 69), gibt er den Vorgang zur Durchführung weiterer Ermittlungen dem Untersuchungsorgan zurück, wenn noch Möglichkeiten zur Klärung der Sache gegeben sind.

Nach Abs. 1 hat die Rückgabe in Form einer schriftlichen Verfügung zu erfolgen, in der der Staatsanwalt kritisch die Mängel der Ermittlungen darlegt und gleichzeitig exakte Weisungen für die weiteren Ermittlungshandlungen gibt. Nach Durchführung der weiteren Ermittlungen übergibt das Untersuchungsorgan die Sache erneut dem Staatsanwalt.

§ 154

Erhebung der Anklage

Liegt hinreichender Tatverdacht vor und sind weder die Voraussetzungen für die Übergabe der Sache an ein gesellschaftliches Organ der Rechtspflege noch die Voraussetzungen für eine Einstellung des Verfahrens gemäß § 148 Absatz 1 Ziffern 3 und 4 gegeben, hat der Staatsanwalt bei Gericht Anklage zu erheben oder Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder auf Durchführung eines beschleunigten Verfahrens zu stellen.

In dieser Bestimmung werden die Voraussetzungen geregelt, unter denen der Staatsanwalt bei Gericht Anklage zu erheben, Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder auf Durchführung eines beschleunigten Verfahrens zu stellen hat (zum hinreichenden Tatverdacht vgl. Anm. zu § 187). Als staatlicher Ankläger hat der Staatsanwalt die Pflicht, auf der Grundlage des sozialistischen Strafrechts nach gewissenhafter Prüfung zu entscheiden, ob ein Bürger für die ihm zur Last gelegte Straftat vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden soll.

Mit der Anklageschrift bestimmt der Staatsanwalt den Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens. Durch die Bezeichnung der Person und der Handlung, über die das Gericht befinden soll, wird in tatsächlicher Hinsicht der Gegenstand des Verfahrens abgegrenzt. Das Gericht hat keine Befugnis, über nicht in der Anklageschrift angeführte Personen und nicht ausdrücklich im Anklagetenor angeklagte Handlungen zu verhandeln und zu entscheiden.

§ 155

Anklageschrift

(1) Die Anklageschrift enthält den Antrag, das Hauptverfahren zu eröffnen und die Hauptverhandlung anzuberaumen.